

Europäische Union

Eine fortschreitende wirtschaftliche Integration

Nachdem sich die Schweiz geweigert hatte, das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum am 6. Dezember 1992 zu ratifizieren, wurden mehrere bilaterale Abkommen und Verträge ausgehandelt und angenommen, um die Integration der schweizerischen Wirtschaft in die Europäische Union zu fördern.

Die 2002 in Kraft getretenen bilateralen Abkommen I betrafen die Landwirtschaft, das öffentliche Auftragswesen, den Handel, die Forschung, den Verkehr und vor allem den freien Personenverkehr.

Die bilateralen Abkommen II von 2004 betrafen insbesondere das Schengener Übereinkommen (*Öffnung der Grenzen zwischen den Unterzeichnerstaaten*) und das Dubliner Übereinkommen (*in dem festgelegt worden ist, welcher Staat für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig ist*) in den Bereichen Justiz, Sicherheit und Migration.

Das Scheitern der Rahmenvereinbarung

Das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU ist ein Projekt, das zwischen 2010 und 2020 ausgehandelt wurde, um die bilateralen Abkommen einheitlicher und wirksamer umzusetzen.

In der Rahmenvereinbarung sollten der gemeinschaftliche Besitzstand (*gemeinsamer Sockel von Rechten und Pflichten*), die Auslegung des Rechts, die Überwachung der Anwendung von Abkommen, insbesondere im Zusammenhang mit der Freizügigkeit, und die Beilegung von Streitigkeiten festgelegt werden.

Der Bundesrat beschloss, die Verhandlungen bis 2021 zu beenden, da die EU keine Garantien für Souveränität, Lohnschutz und staatliche Beihilfen bietet.

Nach einer Studie von Europe Economics, einem Forschungsinstitut in London, hat die Schweiz durch die Freizügigkeit der Personen nach Art der Bilateralen I verarmt, und die anderen im ersten bilateralen Paket enthaltenen Abkommen kompensieren nur einen kleinen Teil dieses Wohlstandsverlusts.

Was sollen wir tun?

Die Europäische Union steht seit langem unter Kritik. Die Intervention vom Brexit am 1. Februar 2020 offenbarte Mängel wie Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Masken und Impfstoffen aus der EU im Vergleich zum Vereinigten Königreich:

Europäische Union

- der Prozess der kontinuierlichen Konzentration der Unternehmen ist ein Risikofaktor für die Preise und die Qualität der Produkte, während es den Wettbewerb zwischen KMU, die keine staatliche Unterstützung für ihr Überleben erhalten, verschärft;
- Arbeitnehmer von Unternehmen, die keine kritische Größe erreicht haben, fusioniert oder verlagert haben, laufen Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. In dieser prekären Situation nimmt die Verhandlungsmacht ab und das Sozialdumping nimmt zu;
- Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten der Europäischen Union: Die Macht ist immer weiter entfernt von den Bürgern, die sich letztlich nicht mehr für die Politik interessieren;
- Verzicht auf währungspolitische Souveränität: Die Staaten können keine Währung mehr schlagen und damit nicht mehr das finanzieren, was sie brauchen;
- da die Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene noch nicht abgeschlossen ist, nimmt das Steuerdumping zu;
- es gibt keine soziale Harmonisierung und soziale Fortschritte werden sogar in Frage gestellt;
- die öffentlichen Dienstleistungen werden in Frage gestellt, die Europäische Union drängt die Staaten, sogar vernetzte Infrastrukturen wie öffentliche Verkehrsmittel, Energie, Telekommunikation, Wasser, Post usw. zu privatisieren und zu liberalisieren;
- die Aussicht auf ein Freihandelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie z. B. mit dem Mercosur (*lateinamerikanischer Wirtschaftsraum*), hätte katastrophale Auswirkungen auf die Entwaldung, die Menschenrechte und die Existenzgrundlagen der Landwirte.

Angesichts der bisher katastrophalen Bilanz des europäischen Aufbauwerks und des voraussichtlich geringen Gewichts der Schweiz in der Europäischen Union, wenn sie denn Mitglied werden sollte, ist ein Beitritt absolut zu verbieten!

Auf der Grundlage dieser Feststellung kann jedes Verhandlungsformat in Betracht gezogen werden, welche keine Integration in die EU vorsieht, sondern die Suche nach bilateralen Abkommen, in denen die Schweiz ihren Vorteil hat.

Man kann sogar spekulieren, dass der Brexit der Auftakt für weitere Rücknahmen in der Zukunft ist. Lassen Sie uns hoffen, dass ein anderes Europa entsteht, nicht ein Europa in den Händen der Spekulanten, sondern ein Europa der Bürger!

- Keine Mitgliedschaft in der Europäischen Union;
- Suche nach für die Schweiz vorteilhaften bilateralen Abkommen;
- Stärkung von Abkommen mit Ländern außerhalb der EU.